

# LAND TAGS KURIER



Seite 4:  
Sachsens Maßnahmen  
gegen Afrikanische  
Schweinepest



Seite 15:  
Landtag begeht  
30. Jahrestag der  
Deutschen Einheit



Seite 22:  
Geschichte des Brühlschen  
Palais: Neugestaltung  
im 18. Jahrhundert

Ausgabe  
7.20



**Sächsischer Landtag**



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

vor 30 Jahren, am 3. Oktober 1990, wurde die gesplittene deutsche Nation unter dem Zutun vieler in Ost und West friedlich wiedervereint. Wir Deutschen erlebten den vielleicht glücklichsten Tag unserer Geschichte. Das Jahr 2020 ist für uns deshalb ein besonderes Jubiläumsjahr – in Deutschland wie in Europa. Der »Eiserne Vorhang« hob sich 1990 europaweit, Länder und Völker errangen friedlich ihre Freiheit, ein unverhoffter, aber guter Zeitenbruch durchzog unseren Kontinent. Wir Deutschen fanden uns als freies Land in der Mitte Europas wieder, umgeben von befreundeten Staaten, ausgestattet mit einer großen, vielleicht sogar mit einer einmaligen historischen Chance. Seien wir dankbar, dass für uns vor 30 Jahren die Geschichte so gut ausgegangen ist.

Um dieses Ereignis zu würdigen, begeht der Sächsische Landtag seit 1991 den Tag der Deutschen Einheit mit einer Feierstunde. Mir war es eine Freude, besonders in diesem Jubiläumsjahr an unsere zurückgewonnene Freiheit in einem Freistaat Sachsen zu erinnern. Die aktuelle Ausgabe des Landtagskuriers widmet sich ebenfalls den Ereignissen von damals und berichtet vom Festakt. Der 3. Oktober 1990 ist nämlich ebenso ein historisches Datum für Sachsen. An diesem Tag wurde das Land Sachsen auf der Albrechtsburg zu Meißen wiedergegründet. Sachsen wurde damit im Geiste der Friedlichen Revolution als Staat demokratisch wiedererrichtet. Das ist unser aller große historische Errungenschaft.

Die Geschichte blieb nach 1990, anders als mancher damals meinte, nicht einfach stehen. Es kamen ständig neue Fragen hinzu und nicht immer waren alle mit den gefundenen Antworten zufrieden. Die damals von uns geschaffene parlamentarische Demokratie hat dennoch ihr Versprechen gehalten. Sie hat unserem Land und seinen Bürgern Freiheit und Wohlstand ermöglicht. Ich halte es deshalb weiterhin für unerlässlich, immer wieder auf die Anfänge unserer Demokratie in Sachsen zu schauen, auf diese ungemeine zivilisatorische Leistung. Wir nehmen unsere Demokratie als selbstverständlich wahr, was zweifelsohne gut ist. Doch sollten wir Selbstverständlichkeit nicht mit Sorglosigkeit verwechseln und für die vor 30 Jahren gewonnene Freiheit unbeirrt eintreten.

Dr. Matthias Röbner  
Präsident des Sächsischen Landtags

## PLENUM

14. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Hygiene und Aufklärung sollen Schweinepest fernhalten**  
CDU sieht Sachsen im Umgang mit der Seuche gut gerüstet ..... 4
- Hintergrundinformationen zur Afrikanischen Schweinepest** ..... 6
14. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Erneute Gewalt gegen die Polizei in Leipzig**  
AfD sieht Versäumnisse und fordert konsequenteres Durchgreifen ..... 7
15. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Fußballvereine als ein Spiegelbild der Gesellschaft**  
DIE LINKE sieht gravierende Unterschiede zwischen Ost und West ..... 8
15. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Menschenrechte, Klimaschutz und Versorgungssicherheit**  
BÜNDNISGRÜNE üben Kritik am Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 ..... 9
15. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Neue Perspektiven nach 30 Jahren Einheit**  
SPD will Sachsens Wirtschaft zukunftsfest machen ..... 10

## PARLAMENT

- 86 Cent machen den Unterschied**  
Der Sächsische Landtag berät über die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland ..... 11
- Laufende Gesetzgebung** ..... 14

## AKTUELLES

- »Ein neues Kapitel von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aufgeschlagen«**  
Feierstunde im Landtag würdigt Ereignisse und Akteure der deutschen Einheit ..... 15
- Hintergrundinformationen zum bundesweiten Festakt in Potsdam 2020** ..... 18

## SONDERTHEMA

- 30 Jahre Freistaat Sachsen – Landes(wieder)gründung** ..... 19

## GESCHICHTE

- Vom Palais Brühl zum Sächsischen Ständehaus**  
Teil 2: Baugeschichte ..... 22

## SERVICE

- Weitere Informationen** ..... 24

// Titel: Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit und zur Wiedergründung des Freistaates Sachsen am 3. Oktober 2020 // Foto: S. Floss



# Schweinepest, Connewitz, Fußballvereine, Ostseepipeline, Arbeitslohn

Foto: O. Killig

// Der Sächsische Landtag befasste sich in seiner 14. Sitzung mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest. Die Abgeordneten diskutierten zudem über die neuerlichen Krawalle im Leipziger Stadtteil Connewitz. In der 15. Sitzung waren die Lage der ostdeutschen Fußballvereine, die Ostseepipeline Nord Stream 2 sowie die zukünftige Arbeits- und Wirtschaftspolitik in Sachsen Themen der Aktuellen Debatten. //



14. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

# Hygiene und Aufklärung sollen Schweinepest fernhalten

CDU sieht Sachsen im Umgang mit der Seuche gut gerüstet

## CDU: Vorbereitungen auf allen Ebenen

Das Virus der Afrikanischen Schweinepest sei für den Menschen ungefährlich, stellte Dr. Christiane Schenderlein, CDU, am Anfang der Debatte klar. Selbst wenn infiziertes Fleisch gegessen würde, bestünde keine Gefahr. Bedrohlich sei die leicht übertragbare Krankheit hingegen für die Wildschweinpopulation. Es gebe keine Impfstoffe oder Therapiemöglichkeiten. Um

// Zu Beginn der 14. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags diskutierten die Abgeordneten am 30. September 2020 zum Thema »Afrikanische Schweinepest – Wie ist Sachsen vorbereitet?«. Die Aktuelle Debatte beantragte die CDU-Fraktion. //

dennoch eine Ausbreitung zu verhindern, könnten nur hygienische Maßnahmen sowie Populationsregulierung eingesetzt werden. In dieser Hinsicht sei Sachsen gut aufgestellt. So habe beispielsweise Ende des vergangenen Jahres eine Tier-

seuchenübung in verschiedenen Landkreisen stattgefunden, auch sei ein Landeszentrum zur Bekämpfung von Tierseuchen entstanden. Man habe darüber hinaus mit einer Kampagne die Bevölkerung informiert und Schutzzäune entlang der

Grenze zu Polen errichtet. Als eine weitere Maßnahme werde zukünftig die Entnahme von weiblichen Wildschweinen mit einer Pürzelprämie gefördert.

## AfD: Jäger benötigen bessere Unterstützung

René Hein, AfD, bedankte sich bei seiner Vorrednerin für das Lagebild. Er kritisierte gleichzeitig die Beschränkung der Pürzelprämie auf die Landkreise

// Dr. Christiane Schenderlein



// René Hein



// Antonia Mertsching



// Lucie Hammecke



// Simone Lang



Görlitz und Bautzen. Andere Bundesländer hätten in diesem Punkt landesweite Prämien eingeführt. In Sachsen sei das Problem jedoch bisher ignoriert worden, obwohl die Krankheit schon lange vor der Tür gestanden habe. Vorbildlich sei in jedem Fall das Mitwirken der Jägerschaft an der Seuchenbekämpfung. Die Jäger verdienten größtmögliche Anerkennung. Doch hätten sie gegenwärtig ganz eigene Probleme: Der Preis für Wildbret sei auf dem Tiefststand, Jagdpachten und Schadensersatzansprüche seien hingegen immens gestiegen. Eine Eindämmung der Seuche sei nur in Kooperation mit den Jägern möglich, man benötige ihre Fachkenntnis. Doch die Solidarität bestehe nicht als Einbahnstraße und aus diesem Grund bedürfe es letztlich auch einer landesweiten Püzelprämie.

## DIE LINKE: Das Problem ist der Mensch

Die Afrikanische Schweinepest führe dazu, dass infizierte Tiere schnell oder qualvoll verenden, erklärte Antonia Mertsching, DIE LINKE. Sie übte Kritik an den strukturellen Bedingungen der Schweinehaltung. Dazu würden die Haltebedingungen bei Hausschweinen zählen, die in hoher Anzahl in sächsischen Betrieben stünden. Während gegenwärtig die Erzeugung weiter zunehme, sinke nicht nur aufgrund wandelnder Ernährungsgewohnheiten die Nachfrage nach Schweinefleischprodukten immer weiter. Nach China könne gegenwärtig gar nichts exportiert werden. Ein Problem der Tierhaltung bestehe zudem darin, dass es in Sachsen keine Schlachthöfe mehr gebe. Die Folgen spürten letztlich vor allem die Schweinehalter. Zu lange habe man seitens der Politik Großstrukturen gefördert. Sie hätten das System träge gemacht. Mertsching resümierte, das Problem sei also

nicht das Schwein, sondern der Mensch. Er schlepe die Seuche überall hin. Nötig sei daher weiterhin Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung.

## BÜNDNISGRÜNE: Barrieren und Monitoring notwendig

Auch nach Ansicht von Lucie Hammecke, BÜNDNISGRÜNE, würden die Auswirkungen der Afrikanischen Schweinepest besonders die Schweinehalter treffen. Länder wie Südkorea oder China hätten den Import von Schweinefleisch aus Vorsicht für ganz Deutschland gestoppt. In der EU sei dies nicht notwendig. Dort würden ähnliche Regelungen nur für bestimmte Regionen gelten. Um den wichtigen europäischen Absatzmarkt zu erhalten, müsse die Afrikanische Schweinepest allerdings aus Sachsen ferngehalten werden. Dazu benötige man die bereits aufgebauten Wildabwehrbarrieren und außerdem ein engmaschiges Monitoring. Eine Hilfestellung gebe auch eine aktuelle Info-Kampagne. Insbesondere der Mensch wirke als größter indirekter Überträger des Virus, etwa durch liegengelassene Speisereste, verdreckte Transportmittel oder Kleidung. Ein Risiko seien außerdem die aus Tierwohlsicht bedenklichen Tiertransporte durch ganz Europa.

## SPD: Seuche wird noch lange bestehen

Simone Lang, SPD, wies wie ihre Vorredner noch einmal darauf hin, dass die Afrikanische Schweinepest für Haus- und Wildschweine tödlich, für den Menschen jedoch ungefährlich sei. Bei der Bekämpfung der Krankheit sei es notwendig, zunächst alle beteiligten Institutionen finanziell ausreichend auszustatten. Eine große Rolle

sowie etwa die Landesuntersuchungsanstalt für Gesundheits- und Veterinärwesen. Die Seuche werde noch eine ganze Weile bestehen. Umso hilfreicher sei es gewesen, dass das

wie schwierig es sei, die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest nach Sachsen zu verhindern. Über den aktuellen Fall in Brandenburg wisse man bisher zu wenig. Man müsse

In Zeiten, in denen man sehr viel über Corona spricht, ist es ebenso wichtig, dass man über die Afrikanische Schweinepest spricht.



// Petra Köpping

14. Sitzung des Sächsischen Landtags

Sozialministerium frühzeitig reagiert und aufgeklärt habe. Ebenso wichtig seien die bisherigen Vorsorgemaßnahmen. Volkmar Winkler, SPD, ergänzte in einer zweiten Rederunde, man müsse jetzt die Regionalisierung der Exportpapiere voranbringen und auch die Schwarzwildbejagung forcieren. Prüfen solle man zudem neue Absatz- und Verwertungsmöglichkeiten für Schweine sowie Unterstützungsmaßnahmen für die betroffenen Landwirte.

## Staatsregierung: Enge Abstimmung mit Landkreisen

Am Ende der Debatte ergriff die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping, SPD, das Wort. Sie betonte zunächst,

erst die weiteren Untersuchungen abwarten. In Sachsen gebe es derzeit keinen akuten Krisenstab. Mit den Landkreisen an der Grenze zu Polen und ebenso mit dem Nachbarland Brandenburg stünde man in enger Abstimmung. Mit der Jägerschaft, die man für die präventive Arbeit brauche, habe man ebenfalls ausführlich gesprochen und deren Wünsche und Forderungen aufgenommen. Die errichtete Wildbarriere erfülle durchaus ihre Aufgabe. Beim Aufbau habe das THW maßgeblich geholfen, die Wartung übernehme die Landestalsperrverwaltung. Beides sei mit Kosten in Höhe von 900.000 Euro verbunden.



[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)



# Hintergrundinformationen zur Afrikanischen Schweinepest

Foto: ©ferkelraggae – stock.adobe.com

Anfang September 2020 wurde die Afrikanische Schweinepest (ASP) erstmals in Deutschland nachgewiesen. Bei einem toten Wildschwein in Brandenburg nahe der Grenze zu Polen bestätigte sich die Tierseuche im Anschluss an eine Laboruntersuchung. In den Folgewochen wurden, wie von Experten erwartet, weitere infizierte Wildschweine in Brandenburg gefunden. Dadurch ist auch die Gefahr gestiegen, dass die Seuche nach Sachsen eingeschleppt wird. Während die Krankheit für den Menschen ungefährlich ist, ist sie für Wild- und Hausschweine tödlich.

## Hochresistentes Virus

Die Afrikanische Schweinepest ist eine Erkrankung, die nur Schweine (Haus- und Wildschweine) befällt. Sie wird direkt von Tier zu Tier oder indirekt über Gegenstände, an

// Der Freistaat Sachsen und die Bundesrepublik Deutschland arbeiten bereits seit längerem daran, eine Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest zu verhindern. Die Tierkrankheit breitete sich von Osteuropa nach Westen aus und erreichte Anfang September erstmals auch deutschen Boden. In Sachsen ist bisher kein Fall bekannt. //

denen das Virus anhaftet, übertragen. Das Virus ist hochresistent bei niedrigen Temperaturen und kann bis zu sechs Monate in ungekochten Schweinefleischprodukten und mehrere Jahre im Frost überleben.

Das Virus kann nicht auf den Menschen übertragen werden. Es besteht jedoch eine Ansteckungsgefahr für andere Haus- und Wildschweine durch zum Beispiel an Autobahnraststätten weggeworfene Speisereste, die das Virus enthalten. Dazu zählen auch Jagdtrophäen aus Gebieten, in denen die Afrikanische Schweinepest ausgebrochen ist (zum Beispiel Ukraine, Weißrussland, Litauen, Polen, Lettland und Estland, Ungarn, Slowakei, Rumänien, Brandenburg).

Laut dem bundesdeutschen Johann Heinrich von Thünen-Institut begünstigt in Deutschland eine hohe Wildschweindichte die Ausbreitung des Virus. Über den Bestand gibt es jedoch nur grobe Schätzungen. Die Zahl dürfte im Frühjahr etwa bei 300 000 Tieren liegen und ist in den vergangenen Jahren deutlich angewachsen.

## Jäger und Landwirte sollten achtsam sein

Der Freistaat Sachsen weist in aktuellen Erklärungen darauf hin, dass es wichtig ist, tote Wildschweine, Unfallwild und krank erlegtes Wild schnell zu melden und zu erfassen. Damit können ein möglicher Eintrag in

## Die Redaktion

die sächsischen Wildschweinbestände frühzeitig erkannt und schnell wirksame Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung eingeleitet werden. Insbesondere die Jägerschaft ist aufgefordert, ein vermehrtes Auftreten von toten Wildschweinen der zuständigen Behörde zu melden und geeignete Proben amtlich abklären zu lassen. Schweinehalter sollten weiterhin auf verstärkte Biosicherheitsmaßnahmen zum Schutz ihrer Bestände achten. Sie müssen bei einem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest mit einer Vielzahl von Einschränkungen für einen nicht unerheblichen Zeitraum rechnen.



[www.fli.de](http://www.fli.de)

AfD sieht Versäumnisse  
und fordert konsequenteres  
Durchgreifen

14. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Sebastian Wippel // Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

# Erneute Gewalt gegen die Polizei in Leipzig

## Konsequenter Rechtsstaat

Sebastian Wippel, AfD, sprach zunächst davon, dass in Leipzig Anfang September drei Nächte lang bürgerkriegsähnliche Zustände geherrscht hätten. Bereits davor habe es mehrere Dutzend verletzte Polizisten gegeben. Die von Linksextremisten verursachten Schäden gingen in die Millionen. Deeskalation sei im Prinzip richtig, nur in Leipzig mittlerweile völlig falsch. Man müsse daher der dortigen Polizeidirektion den Vorwurf machen, dass sie die Situation zu niedrig bewertet habe.

Für Rico Anton, CDU, hätten die angesprochenen Krawallnächte in Leipzig einmal mehr offenbart, mit welcher Brutalität linke Extremisten in Sachsen vorgingen. Unter dem Vorwand einer Hausbesetzung habe es Angriffe auf die Polizei mit Pflastersteinen, Pyrotechnik und Flaschen gegeben. Den linksextremistischen Gruppen ginge es letztlich um die Beseitigung des demokratischen Rechtsstaates. Dieser würde aber keinen Millimeter zurückweichen und mit Härte antworten.

## Sorgen um Wohnraum

Juliane Nagel, DIE LINKE, sah die Verantwortung für die Leipziger Demonstrationen hingegen in einer verfehlten Wohnraumpolitik.

// Die zweite Aktuelle Debatte der 14. Sitzung des Sächsischen Landtags befasste sich mit einem Antrag der AfD zum Thema »Gewalt in Connewitz – Helden auszeichnen und Verantwortliche benennen«. //

Diese habe sich zu lange am Ausverkauf kommunaler Grundstücke und Wohnhäuser orientiert. Investoren würden die Preise in die Höhe treiben und Mieter mit überbordenden Forderungen zum Auszug gedrängt. Die Helden seien daher jene, die dagegehielten und jenen beiständen, die zwangsgeräumt werden sollten.

Man sei mittlerweile bei einer Rhetorik angekommen, so Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE, die nicht mehr zwischen berechtigten Forderungen, neuen Problemen und schweren Straftaten differenziere. Menschen, die sich um Wohnraum in Leipzig sorgten, hätten ein berechtigtes Anliegen. Der friedliche Protest dürfe nicht in einen Topf mit den

Gewalttaten geworfen werden. Andererseits sei es nicht hinnehmbar, wenn Personen legitime Ziele für Gewalt missbrauchten.

## Gewalt zurückdrängen

Man müsse beides, die Auseinandersetzung um dringend benötigten, bezahlbaren Wohnraum und die Gewalt in Connewitz, strikt voneinander trennen, befand auch Albrecht Pallas, SPD. Die Ausschreitungen seien kriminell und ein Exzess der Gewalt. Mit einem klugen Einsatzkonzept sei es der Polizei gelungen, diese Spirale zu durchbrechen. Die eigentlichen Aufgaben bestünden darin, die Gewalt zurückzudrängen und Gespräche zu führen. Allein schon als Zeichen seien diese wichtig.

Leipzig habe sich in den vergangenen Monaten zu einem Brennpunkt des Linksextremismus entwickelt, machte Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner, CDU, deutlich. Man werde dieser Entwicklung und dem wiederholten Ausbruch von Gewalt nicht tatenlos zusehen. Etwas Ähnliches dürfe es weder in Leipzig noch in ganz Sachsen wieder geben. Das Einsatzkonzept der Polizei sei richtig gewesen. Sie habe zunächst diskutiert und deeskaliert, nach Gewalttaten dann aber durchgegriffen.





15. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Marika Tändler-Walenta // Foto: O. Killig

# Fußballvereine als ein Spiegelbild der Gesellschaft

DIE LINKE sieht gravierende Unterschiede zwischen Ost und West

// Zu Beginn der 15. Sitzung am 1. Oktober 2020 fand eine Aktuelle Debatte zum Thema »30 Jahre im selben Land und doch nicht in der selben Liga: Ostdeutsche Fußballvereine fast ohne Chance zum Aufstieg« im Sächsischen Landtag statt. Beantragt hatte sie DIE LINKE. //

Dr. Daniel Thieme

## Benachteiligte Ostvereine

Die Sechs-plus-zwei-Formel, nach der 1991 zwei Vereine der DDR-Oberliga in die 1. und sechs Vereine in die 2. Bundesliga aufgenommen wurden, sei der Sargnagel des ostdeutschen Fußballs gewesen, so Marika Tändler-Walenta, DIE LINKE. Der freie Markt habe damals den Fußball im Osten abgewickelt, als ihm über Nacht das wirtschaftliche Fundament wegbrach. Diese Entwicklung sei ein Spiegelbild für das gesamte Land, nach dem Ostdeutschland bis heute benachteiligt sei.

Sachsen befinde sich in guter Position und könne sich im Fußball durchaus mit anderen Bundesländern messen, stellte Wolf-Dietrich Rost, CDU, fest. RB Leipzig sei bis ins Halbfinale der Champions League vorgestoßen, Erzgebirge Aue spiele erfolgreich in der 2. Liga und auch Dynamo Dresden habe das Potenzial, dauerhaft im Profifußball präsent zu sein. Wichtiger als die Frage nach den Bundesligisten sei hingegen der Breitensport mit seinen positiven Eigenschaften.

## Kultstatus statt Kommerzialisierung

Holger Hentschel, AfD, betonte, von den nach der Wiedervereinigung im ostdeutschen Profibereich gestarteten Vereinen sei heute keiner mehr vertreten. Allein RB Leipzig, Erzgebirge Aue und Union Berlin spielten heute noch in der 1. oder 2. Bundesliga. Dabei habe Sachsen eine weitreichende Fußballtradition. Viele Ostvereine hätten Kultstatus und würden sich, zum Teil notgedrungen, einer immer stärkeren Kommerzialisierung des Fußballs entziehen können.

Sich einfach nur zu beschweren, dass der ostdeutsche Fußball benachteiligt werde, sei viel zu einfach, gab Thomas Löser, BÜNDNISGRÜNE, zu bedenken. Vielmehr müsse man fragen, woran das liege. In der DDR hätten nach der Wiedervereinigung die staatlich geförderten Schwerpunktklubs erst umdenken müssen, während im Westen die Fußballvereine längst kommerzialisiert waren. Eine zentrale Rolle spielten zudem die schwächere Wirtschaft in Ostdeutschland und damit fehlende Sponsorengelder.

## Allein die Leistung zählt

Albrecht Pallas, SPD, stellte die Frage, warum DIE LINKE angesichts drängender Probleme dieses Thema beantragt habe. Die Probleme Ostdeutschlands könne man auch konkret benennen, ohne den Fußball zu bemühen. Doch DIE LINKE versuche sich offensichtlich darin, Identitätspolitik zu betreiben, ihr Verhältnis zum Kapitalismus neu zu klären oder die missliche Wirtschaftslage der Ostvereine zu thematisieren. All das überzeuge nicht, vielmehr sei den vielen Ehrenamtlichen des Sports zu danken.

Beim Profisport ginge es ausschließlich um Leistung, hob Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner, CDU, hervor. Deutscher Meister werde nun mal, wer die meisten Tore schieße. Dieser Wettbewerb habe klare Regeln, auch wenn die Verteilung von Fernsehgeldern innerhalb der Ligen kleinere Clubs benachteilige. Der Staat könne zwar helfen, die Infrastruktur der Vereine zu verbessern. Eine finanzielle Unterstützung von Profiklubs solle man jedoch tunlichst unterlassen.

// Dr. Daniel Gerber // Foto: O. Killig

# Menschenrechte, Klimaschutz und Versorgungssicherheit

BÜNDNISGRÜNE üben Kritik am Bau der Gaspipeline Nord Stream 2

// In einer von der Fraktion BÜNDNISGRÜNE beantragten Aktuellen Debatte diskutierte der Sächsische Landtag in seiner 15. Sitzung zum Thema »Partnerschaft braucht Menschenrechte, Europa braucht Klimagerechtigkeit – Sachsens Energiepolitik und Nord Stream 2«. //

Dr. Daniel Thieme

## Bau konterkariert Außenpolitik

Die Gaspipeline Nord Stream 2 sei weder profitabel noch für die klima- und energiepolitischen Ziele der Bundesregierung und Europäischen Union notwendig, kritisierte Dr. Daniel Gerber, BÜNDNISGRÜNE. Vielmehr konterkarieren ihr Bau alle außenpolitischen Bekundungen der EU und destabilisieren die bisherigen Transitstaaten. Nord Stream 2 liege mehrheitlich in russischen Händen und damit bei einem Regime, das von Demokratie und Menschenrechten wenig halten würde.

Wirtschaftliche Beziehungen führten dazu, dass man auch über Menschenrechte sprechen könne, stellte Lars Rohwer, CDU, klar. Kein Dialog sei daher keine Alternative. Nord Stream 2 erweitere die Handlungsspielräume Deutschlands auf dem Energiemarkt. Diese würden gebraucht, um in Europa aus der Nutzung von Kernenergie oder Braunkohle auszusteigen. Schließlich könne man über die Pipeline auch Wasserstoff aus Russland beziehen.

## Bessere Beziehungen notwendig

Jörg Urban, AfD, warf den BÜNDNISGRÜNEN vor, es mit der erwähnten Partnerschaft nicht ernst zu meinen. Beim Begriff Europa müsse man Russland dazuzählen. Doch anstatt die friedliche Verständigung der Völker zu fördern, trieben die BÜNDNISGRÜNEN einen Keil zwischen sie. Das Thema Menschenrechte wiederum werde immer dann hervorgehoben, wenn es politisch passe. Anspruch und Wirklichkeit würden jedoch weit auseinanderklaffen.

Man müsse generell von fossilen Energieträgern loskommen, erwiderte Marco Böhme, DIE LINKE. Die AfD wolle das aber nicht hören. Ebenso wenig stelle Russland immer nur das Böse in der Welt dar. Der russische Umgang mit der Pressefreiheit oder die Beschneidung von Oppositionsrechten sei nicht akzeptabel. Es stelle sich jedoch die Frage, warum man im Sächsischen Landtag beim Thema Menschenrechte nicht auch über andere Länder spreche.

## Kapazitäten nicht ausgeschöpft

Staaten strebten in einer globalen Weltordnung nach Unabhängigkeit, befand Holger Mann, SPD. Nord Stream 2 erhöhe die deutsche Energiesouveränität, weil sie die Abhängigkeit von Drittstaaten reduziere. Sowohl geopolitisch als auch energiepolitisch ergebe das Projekt Sinn. Genauso wichtig sei es aber auch, die allgemeinen Menschenrechte zu verteidigen. Dazu gehöre, dass die Bundesregierung die Aufklärung des Mordanschlages auf Alexej Nawalny gefordert habe.

Wenn man sich als Gesellschaft darauf verständigt habe, bis spätestens 2050 klimaneutral zu werden, benötige man auch weniger Erdgas, gab Wolfram Günther, Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, BÜNDNISGRÜNE, zu bedenken. Die Pipeline werde daher nicht gebraucht. Schon jetzt sei die bisherige Leitung Nord Stream 1 nicht ausgelastet. Beim Thema Versorgungssicherheit bräuhete es vor allem Diversifizierung.



15. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Martin Dulig und Henning Homann //  
Fotos: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

# Neue Perspektiven nach 30 Jahren Einheit

SPD will Sachsens Wirtschaft zukunftsfest machen

// Die dritte Aktuelle Debatte der 15. Sitzung des Sächsischen Landtags hatte die SPD unter dem Titel »Für einen neuen Aufbruch Ost: Mit Innovation, guter Arbeit und sozialer Gerechtigkeit für eine bessere Zukunft« beantragt. //

## Aufholprozess voranbringen

Henning Homann, SPD, erklärte zu Beginn, 30 Jahre Deutsche Einheit seien fraglos ein Grund zum Feiern; doch nicht alle hätten vom erreichten Wohlstand profitiert. Die Massenarbeitslosigkeit der 1990er- und 2000er-Jahre habe bis heute Spuren hinterlassen. Anlässlich des Einheits-Jubiläums sei es daher ein guter Zeitpunkt für einen neuen Aufbruch Ost. Sachsen habe die Chance, in einzelnen Wirtschaftsfeldern zum Vorreiter zu werden.

Sachsen sei ein wirtschaftlich erfolgreiches Bundesland, so Eric Dietrich, CDU. Es gebe aber nach wie vor Unterschiede zwischen Ost und West, etwa bei den Themen Gehalt und Wirtschaftskraft. Auch wenn sich manche Unterschiede erklären ließen, müsse man darüber sprechen, wie der laufende Aufholprozess weiter und schneller vorankomme. Dazu benötige es etwa Investitionen in Forschung und Infrastruktur sowie eine firmenfreundliche Verwaltung.

## Älteren Menschen zuhören

Mit ihrem Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit und Arbeit meine es die SPD nicht ernst, warf Romy Penz, AfD, der einbringenden Fraktion vor. Die damalige rot-grün geführte Bundesregierung habe zugelassen, dass Deutschland ein Billiglohnland geworden sei. Deutsche Arbeitnehmer und Arbeitgeber hätten damals nicht nur für den EU-Subventionssumpf bezahlt, sondern auch für steigende Sozialabgaben und die eingeführten Ökosteuer Gesetze.

Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE, erinnerte daran, der Aufbruch Ost vor 30 Jahren stehe auch dafür, dass viele Menschen weggegangen seien. Das könne sich der Osten nicht noch einmal leisten. Zudem habe man hierzulande ein Problem mit dem Blick auf die eigene Geschichte. Es fehle ein richtiger Austausch zwischen den Generationen. Die Erzählung über das eigene Land gehöre den Menschen von hier und dürfe nicht von außen gelenkt werden.

## Hochwertige Arbeitsplätze schaffen

Die heutigen Herausforderungen seien andere als vor 30 Jahren, betonte Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE. Diese lägen im Unterschied von städtischen und ländlichen Regionen oder dem anhaltenden Bevölkerungsschwund. Besonders die Zahl junger Erwerbstätiger gehe zurück. Daher müssten vor allem qualitativ hochwertige und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Gute Arbeit bedeute zudem eine faire Bezahlung.

Wirtschaftsminister Martin Dulig, SPD, sprach sich dafür aus, regionale Unterschiede nicht unnötig kleinzureden. Der Osten sei wirtschaftlich erfolgreich, die Arbeitslosigkeit niedrig. Trotz der guten Bilanz zeigten etwa die Nachrichten der letzten Wochen, dass sich die Wirtschaft verändere. In Dresden beginne die Vorserienfertigung des ID.3, in Leipzig lasse BMW ein Batteriewerk errichten. Gleichzeitig kündigten andere Betriebe Schließungen und Entlassungen an.

# Was darf der öffentlich-rechtliche Rundfunk kosten?

Foto: S. Füssel

// Unter hohem öffentlichem Interesse tagte am 14. September 2020 der Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus. In der Anhörung ging es vor allem um die Erhöhung des Rundfunkbeitrages. //



Foto: ©WavebreakmediaMicro – stock.adobe.com

Janina Wackernagel

# 86 Cent machen den Unterschied

Der Sächsische Landtag berät über die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland

// Am 14. September 2020 hatte der Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus zu einer Anhörung geladen. Hinter dem etwas sperrigen Titel der zu beratenden Drucksache, »Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge«, verbarg sich ein Vorhaben mit viel Diskussionsstoff: die erste Erhöhung des Rundfunkbeitrages seit zehn Jahren, von derzeit 17,50 Euro auf 18,36 Euro ab dem 1. Januar 2021. //

Wie dem vergleichsweise großen öffentlichen Interesse im Plenarsaal anzusehen war, handelt es sich bei dieser Anpassung von 86 Cent für jeden betroffenen Haushalt nicht um eine Lappalie. Jeder Cent einer Anpassung bedeutet hochgerechnet Millionenbeträge, die die Rundfunkanstalten von ARD, ZDF und Deutschlandradio bis 2024 in ihren Haushalten einplanen können oder gegebenenfalls einsparen müssen.

Die Empfehlung für die Anhebung stammt von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkan-



// Tom Buhrow // Fotos: S. Füssel

stalten (KEF). Sie prüft, wie viel Geld die Sender zur Deckung ihres Programm- und Personalbedarfs benötigen, und macht in diesem Verfahren zugleich immer auch Vorschläge für Einsparmöglichkeiten.

**Sachkundige bewerten die geplante Erhöhung des Rundfunkbeitrags**

In der nun erfolgten Anhörung im Sächsischen Landtag kamen verschiedene Sichtweisen zur Erhöhung des Rundfunkbeitrags zum Tragen. Als amtierender

Vorsitzender der ARD (und zugleich Intendant ihres größten Senders, dem WDR) war Tom Buhrow als Sachkundiger in den Medienausschuss geladen. Aus Sicht der Rundfunkanstalten ist die geplante Anhebung mit Verzicht und Einsparungen verbunden. Ihr ursprünglich bei der KEF eingereicherter Finanzbedarf hätte einen künftigen Rundfunkbeitrag von über 19 Euro bedeutet. Ebenso wie

wirtschaft und Medienpolitik an der Hochschule Mittweida, zu. Zugleich verwies er aber sehr deutlich auf Fehlentwicklungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und bescheinigte ihm einen gravierenden Reformstau. Ähnlich formulierte es auch Dr. Christine Horz, Professorin für Transkulturelle Medienkommunikation an der TH Köln. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten seien unverzichtbar und existenziell wichtig für das Fortbestehen der demokratischen Debattenkultur und des Gemeinwesens. Ihre intransparent arbeitenden Gremien führten aber zu Akzeptanzproblemen bei der Bevölkerung. Sie schlug vor, die Aufgaben der Öffentlich-Rechtlichen unter Beteiligung der Bürger weiterzuentwickeln und Menschen mit moderneren Medienformaten insgesamt



// Prof. Dr. Markus Heinker

Ralf Ludwig, Verwaltungsdirektor im Mitteldeutschen Rundfunk (MDR), verwies Buhrow auf die wichtige Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland. Gerade die aktuelle Corona-Pandemie habe deutlich vor Augen geführt, wie wichtig unabhängige Berichterstattung sei. Am konkreten Beispiel des MDR wurde zudem aufgezeigt, dass das Beibehalten des jetzigen Beitrags deutliche Einschnitte im Programm und einen drastischen Personalabbau nach sich ziehen würde.

Dr. Heinz Fischer-Heidlberger, Vorsitzender der KEF, betonte in der Anhörung, dass die Kommission trotz der finanziellen Ausfälle für die Rundfunkanstalten während der Corona-Pandemie bei ihrer Empfehlung bleibe. Dass es Medienanbieter braucht, die frei von marktwirtschaftlichen Interessen freie Berichterstattung – insbesondere auch auf regionaler und lokaler Ebene – praktizieren, dem stimmte auch Prof. Dr. Markus Heinker, Professor für Medien-



// Dr. Heinz Fischer-Heidlberger



// Dr. Claudia Maicher

stärker einzubeziehen. Der Blogger Hadmut Danisch kritisierte, die Aufgaben der öffentlich-rechtlichen Medien würden ausufern, außerdem seien sie zu kostenintensiv. Prof. Dr. Dieter Dörr, Medienrechtler aus Mainz, erinnerte die Mitglieder des

Ausschusses schließlich daran, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen verfassungsrechtlich geschützten Anspruch auf funktionsgerechte Finanzierung habe.

Eine anschließenden Frageunde vertiefte die Wertungen der Sachkundigen weiter. Nach etwa zweieinhalb Stunden endete die Anhörung. Die nächste Beratung zum Gesetz wird im Oktober im Medienausschuss stattfinden. Danach legt er dem Plenum eine Beschlussempfehlung vor, so dass der Landtag voraussichtlich in seiner Sitzung Anfang November darüber abstimmen kann.

## Premiere bei der Technik

In der Anhörung des Medienausschusses gab es eine Premiere: Zum ersten Mal wurden im Sächsischen Landtag Sachkundige per Videokonferenz in den Plenarsaal zugeschaltet. Trotz der betagten Technik verlief der erste Versuch in weiten Teilen erfolgreich. Videokonferenzen könnten damit auch in Zukunft eine Alternative zum aufwendigen Heranziehen von Fachleuten aus dem ganzen Land sein.

Die gesamte Anhörung kann man hier nachlesen:



### WAS IST EIN STAATSVETRAG?

Staatsverträge dienen der formellen Kooperation unter den deutschen Bundesländern. Wenn Gesetzgebung und Vollzug von Landesrecht nur in einer einheitlichen Form als sinnvoll erscheinen, kann man sich zum Abschluss von Staatsverträgen zwischen mehreren oder sogar allen Bundesländern entscheiden. Neben Angelegenheiten des Rundfunks gibt es beispielsweise auch Staatsverträge für die Bereiche des Glücksspielrechts, des Hochschulzulassungsrechts oder bei manchen medizinischen Fragen.

Staatsverträge zu fassen oder zu ändern, braucht in der Regel sehr viel Zeit. Die Anliegen vieler Bundesländer müssen koordiniert und Kompromisse zwischen den verschiedenen Landesregierungen gefunden werden. Das kann mehrere Jahre dauern. Ist es so weit, unterzeichnen die Ministerpräsidenten aller beteiligten Länder den Staatsvertrag. Anschließend wird er den jeweiligen Landesparlamenten zur Ratifizierung vorgelegt.

Der 1. Medienänderungsstaatsvertrag löst den bis dato geltenden 22. Rundfunkänderungsstaatsvertrag ab. Mit ihm soll der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag geändert werden, in dem die genaue Höhe des Rundfunkbeitrages festgeschrieben wird. Für die Änderung braucht es die Zustimmung aller 16 Landesparlamente.

# LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL   EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge, 7/2804   Staatsregierung	Der Rundfunkbeitrag soll ab 2021 von aktuell 17,50 Euro auf 18,36 Euro monatlich steigen. Die Anpassung folgt einer unabhängigen Empfehlung zum finanziellen Bedarf der öffentlichen Rundfunkanstalten.	Öffentliche Anhörung durch den Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus am 14.09.2020
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ladenöffnungsgesetzes, 7/3325   CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Aktuell beinhaltet das Ladenöffnungsgesetz die Regelung, dass am 31. Dezember die gleichen Öffnungszeiten wie an normalen Tagen gelten. Mit der Gesetzesänderung sollen die Ladenöffnungszeiten am 31. Dezember denen des 24. Dezember angeglichen werden.	Öffentliche Anhörung durch den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr am 15.09.2020
Gesetz zur Stärkung der frühkindlichen und schulischen Bildung (Bildungsstärkungsgesetz), 7/3650   Staatsregierung	Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass sog. Kopfnoten an sächsischen Schulen weiter vergeben werden können. Sie sollen verbindlich um eine verbale Einschätzung ergänzt werden.	Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung (ffd.) sowie dem Haushalts- und Finanzausschuss
Zweites Gesetz zur Änderung des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes, 7/3669   Staatsregierung	Die nach Bildung der Staatsregierung erfolgte Aufteilung der Geschäftsbereiche zieht eine Anpassung des derzeit gültigen Verwaltungsorganisationsgesetzes nach sich.	Beratung im Ausschuss für Inneres und Sport am 17.09.2020
Drittes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Normenkontrollratsgesetzes, 7/3820   CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Der Sächsische Normenkontrollrat unterstützt die Staatsregierung auf den Gebieten des Bürokratieabbaus und der besseren Rechtsetzung. Mit dem Gesetz wird die Arbeit weitergeführt und weiterentwickelt.	Überweisung an den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, 7/3920   AfD	Anhand des Gesetzes soll der Freistaat Sachsen verpflichtet werden, eine dauerhafte zusätzliche Altersversorgung für die ehrenamtlichen Mitglieder der Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren zu schaffen.	1. Beratung, anschl. Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss

## ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

Gesetz zur Anpassung des Sächsischen Ingenieurgesetzes und des Sächsischen Architektengesetzes an die Richtlinie 2005/36/EG, 7/2214   Staatsregierung	Durch die Anpassungen werden unter anderem die betreffenden Gesetze EU-rechtskonform ausgestaltet. Sie ermöglichen weiterhin eine neue freiwillige Juniormitgliedschaft in der Architektenkammer.	angenommen
Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, 7/3829   CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Die Gesetzesänderung sieht vor, das Sächsische Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz zukünftig europarechtskonform auszugestalten.	angenommen

Die Übersicht zur laufenden Gesetzgebung stellt alle Gesetzentwürfe dar, die bis zum 1. Oktober 2020 neu in den Sächsischen Landtag eingebracht und anschließend beraten oder an die Ausschüsse überwiesen wurden. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene oder abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt.

# »Der glücklichste Tag der deutschen Geschichte«

// Festredner Arnold Vaatz // Foto: S. Floss

// In einer Feierstunde zum 3. Oktober erinnerte der Sächsische Landtag an die Deutsche Einheit sowie die Wiedergründung Sachsens. Auf den Tag genau vor 30 Jahren endete die jahrzehntelange Teilung Deutschlands und kehrte der Freistaat Sachsen in die Geschichte zurück. //



// Dr. Matthias Rößler



// Michael Kretschmer



// Arnold Vaatz

Dr. Daniel Thieme

# »Ein neues Kapitel von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aufgeschlagen«

Feierstunde im Landtag würdigt Ereignisse und Akteure der deutschen Einheit

Am 3. Oktober 2020 feierte Deutschland die Überwindung der Teilung und seine Wiedervereinigung vor 30 Jahren (siehe Hintergrund). Aus diesem Anlass fanden neben dem zentralen Festakt in Potsdam im ganzen Land kleinere und größere Veranstaltungen statt. Der Sächsische Landtag hatte zu seiner traditionellen Feierstunde in den Plenarsaal eingeladen. Unter Einhaltung der Hygienebestimmungen und Abstandsregeln konnten 160 Gäste daran teilnehmen. Für alle anderen Interessierten übertrug der MDR den Festakt live.

## Demokratie hat Erwartungen erfüllt

Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler betonte zu Beginn, dass sich die Menschen in der DDR 1989 selbst aus der Diktatur befreit hätten. In Sachsen seien

// Zum 30. Mal jährte sich am 3. Oktober 2020 der Tag der deutschen Wiedervereinigung sowie die Wiedergründung des Freistaates Sachsen. Als früherer Bürgerrechtler und unmittelbarer Gestalter der damaligen Ereignisse hielt in diesem Jahr Arnold Vaatz die Festrede. //

die Akteure der Friedlichen Revolution maßgeblich daran beteiligt gewesen, die Landesgründung mitzubestimmen. Sie hätten die Neugestaltung nicht jenen überlassen, die zuvor politisch wie moralisch gescheitert seien. Heute, 30 Jahre später, erfülle die geschaffene parlamentarische Demokratie die an sie gestellten Ansprüche. Ihre Institutionen und Verfahren dienten den Bürgern und der Freiheit und ermöglichten damit Wohlstand. Es zeige sich, dass die Demokratie auch in Problemlagen handlungsfähig sei, wie man gegenwärtig erlebe. Daher gebe es vieles, worauf die Menschen in Deutschland

im 30. Jahr der Einheit stolz sein könnten.

Der Landtagspräsident begründete in seiner Ansprache zudem die Einladung von

Arnold Vaatz. Mit ihm käme ein Vorkämpfer der Friedlichen Revolution und ein wichtiger politischer Gestalter der Wiedergründung Sachsens zu Wort. Dies sei richtig, denn nur die authentische Erinnerung helfe, dass die Wirkmacht der Ereignisse von 1989 und 1990 nicht verblasse. Er bedauerte in diesem Zusammenhang, dass drei Fraktionen des Landtags der Feierstunde nicht beiwohnten.

// Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf mit seiner Frau Ingrid





Fotos: S. Floss



// Gäste der Festveranstaltung

## Geschichte beim Namen nennen

Ministerpräsident Michael Kretschmer nannte den 3. Oktober 1990 den glücklichsten Tag in der deutschen Geschichte. An die jüngere Vergangenheit hätten die Menschen heute ganz unterschiedliche Erinnerungen. Daher seien Veranstaltungen wie der heutige Festakt notwendig, um Dinge so auszusprechen, wie man sie erlebt habe. Es müsse immer wieder deutlich gemacht werden, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei. Auch habe der Westen den Osten nicht einfach übernommen, sondern die Bürger hätten den Beitritt zum Grundgesetz von sich aus gewollt. Aus diesem Grund, so Kretschmer,

seien die Menschen in Ostdeutschland heute die großen Gewinner der deutschen Einheit. Man stehe fest zu Freiheit, Demokratie und sozialer Marktwirtschaft. Die Einladung von Festredner Arnold Vaatz begrüßte der Ministerpräsident ebenfalls. Man müsse weiterhin eine Kultur des gegenseitigen Zuhörens pflegen und dürfe sich nicht wegrehen, wenn einem die Meinung des anderen nicht passe.

## Einheit war keine Selbstverständlichkeit

Der studierte Mathematiker und Theologe Arnold Vaatz wurde in der DDR wegen seines Engagements in der christlichen

Jugendarbeit politisch verfolgt. Ein halbes Jahr verbrachte er in politischer Haft. Im Oktober 1989 trat er dem Neuen Forum bei und gehörte später der Dresdner »Gruppe der 20« an. Anfang 1990 ging Arnold Vaatz in die CDU, um politischen Einfluss auf den Umbruch zu nehmen. Er leitete 1990 den Koordinierungsausschuss zur Gründung des Landes Sachsen und wirkte anschließend als sächsischer Staatsminister. 1998 zog es ihn in den Bundestag, dem er bis heute angehört.

Arnold Vaatz rief den Zuhörern zunächst ins Gedächtnis, dass sich nichts in der europäischen Geschichte mit der Friedlichen Revolution messen könne. Sie sei ein Gemeinschaftswerk der Länder Mitteleuropas. Frühere Aufstände habe die Sowjetunion immer wieder gewaltsam niedergeschlagen. Erst mit Michail Gorbatschow und seinen Reformplänen wehte schließlich ein »Wind der Veränderung«.

Dennoch sei die deutsche Einheit keine zwingende Folge der Herbstrevolution von 1989 gewesen. Erst der Besuch von Helmut Kohl in Dresden habe dem Wunsch des Ostens nach der Wiedervereinigung Deutschlands Nachdruck verliehen. Zu einer zwingenden Vorausset-

zung für die deutsche Einheit habe sich letztlich entwickelt, die von der DDR abgeschafften Länder wiederzugründen. Vaatz wurde damals beauftragt, einen Verfassungstext zu entwerfen. Außerdem habe er den Vorsitz des sogenannten Koordinierungsausschusses übernommen, der die Neubildung des Landes Sachsen vorbereitete. Eine demokratische Legitimation sei dem Gremium durch das Sächsische Forum erwachsen.

Nach den Landtagswahlen 1990 setzte, so Vaatz, eine »elektrisierende Zeit des Neuaufbaus« ein. Weit über das Vorstellbare hinaus sei der Freistaat zu einem prosperierenden und wohlhabenden Land aufgestiegen. Dieses Werk müsse auch zukünftig fortgesetzt werden. Über Themen wie Kernenergie oder Asylpolitik müsse gestritten werden können, ohne dass dabei jemand an den Pranger gestellt werde. Das damals aufgeschlagene Kapitel der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Solidarität dürfe nie wieder zugeschlagen werden.

*Die Reden der Feierstunde sind als Videos auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags abrufbar.*





# Hintergrundinformationen zum bundesweiten Festakt in Potsdam 2020

Foto: Oliver Lang

Der 3. Oktober ist seit 1990 ein deutscher Feiertag, der an die überwundene Teilung und historische Wiedervereinigung Deutschlands erinnert. Bundesweit finden an diesem Tag zahlreiche Festveranstaltungen statt, außerdem lädt jährlich ein großer Staatsakt Gäste und Besucher ein. In diesem Jahr war Potsdam Schauplatz der zentralen Einheitsfeier, da das Land Brandenburg gegenwärtig auch den Vorsitz im Bundesrat innehat. Auch Sachsen war bereits Gastgeber des bundesdeutschen Festakts. Die Feierlichkeiten richtete im Jahr 2016 die Landeshauptstadt Dresden aus.

## Ausstellung »30 Jahre – 30 Tage – 30 mal Deutschland«

Für Potsdam und das gastgebende Bundesland Brandenburg bedeutete die Organisation des zentralen Tages der Deutschen Einheit eine enorme Herausforderung. Aufgrund

// Das Bundesland Brandenburg mit der Landeshauptstadt Potsdam war in diesem Jahr Ausrichter der zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit. //

der Hygienebestimmungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie wurde das geplante Bürgerfest bereits zu einem frühen Zeitpunkt abgesagt. Stattdessen präsentierten sich Bundesländer, Verfassungsorgane und weitere Institutionen in einer Open-Air-Ausstellung inmitten der Potsdamer Innenstadt-Kulisse. Die »EinheitsEXPO« dauerte vom 5. September bis 4. Oktober und damit genau 30 Tage. Die zeitliche und räumliche Ausdehnung entzerrte die Feierlichkeiten und ermöglichte es auf diesem Wege und trotz aller Umstände, dass dennoch viele Bürger am Fest zur Deutschen Einheit teilnehmen konnten. Der Freistaat Sachsen sowie die anderen ausstellenden Bundesländer zeigten in gläsernen Pavillons Installationen und Exponate aus den 30 Jahren des wiedervereinigten Deutschlands. Ein weitreichendes und

vielfältiges Kulturprogramm aus Theater, Lesungen und Diskussionen sowie Konzerten begleitete die Ausstellung.

## Festakt mit Staatsvertretern und Bürgerdelegationen

Der eigentliche Höhepunkt der Feierlichkeiten war der Festakt zum Einheitsjubiläum am 3. Oktober 2020 in der Potsdamer Metropolis Halle mit den obersten Staatsvertretern sowie Bürgerdelegationen aus allen Bundesländern. Die Ansprachen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sowie dem aktuellen Bundesratspräsidenten und Brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke betonten die historische Bedeutung der Einheit für die deutsche Nation. Sie verwiesen aber auch darauf, dass weiter die Notwendigkeit

## Die Redaktion

bestehe, an der inneren Einheit des Landes, nicht nur zwischen Ost und West, zu arbeiten.

Die von den Ländern entsandten Bürgerdelegationen kamen nach dem Festakt mit Bundespräsident Steinmeier zum gegenseitigen Austausch zusammen. Anschließend trug sich das Staatsoberhaupt gemeinsam mit weiteren Vertretern der Verfassungsorgane des Bundes in das Goldene Buch der Landeshauptstadt Potsdam ein.

Die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Potsdam eröffnete am Morgen des 3. Oktober ein ökumenischer Gottesdienst, den die Bischöfe der beiden großen christlichen Kirchen in der Kirche St. Peter und Paul in Potsdam feierten und den das ZDF live ausstrahlte.

[www.tag-der-deutschen-einheit.de](http://www.tag-der-deutschen-einheit.de)



# Weiß und Grün im Freistaat Sachsen

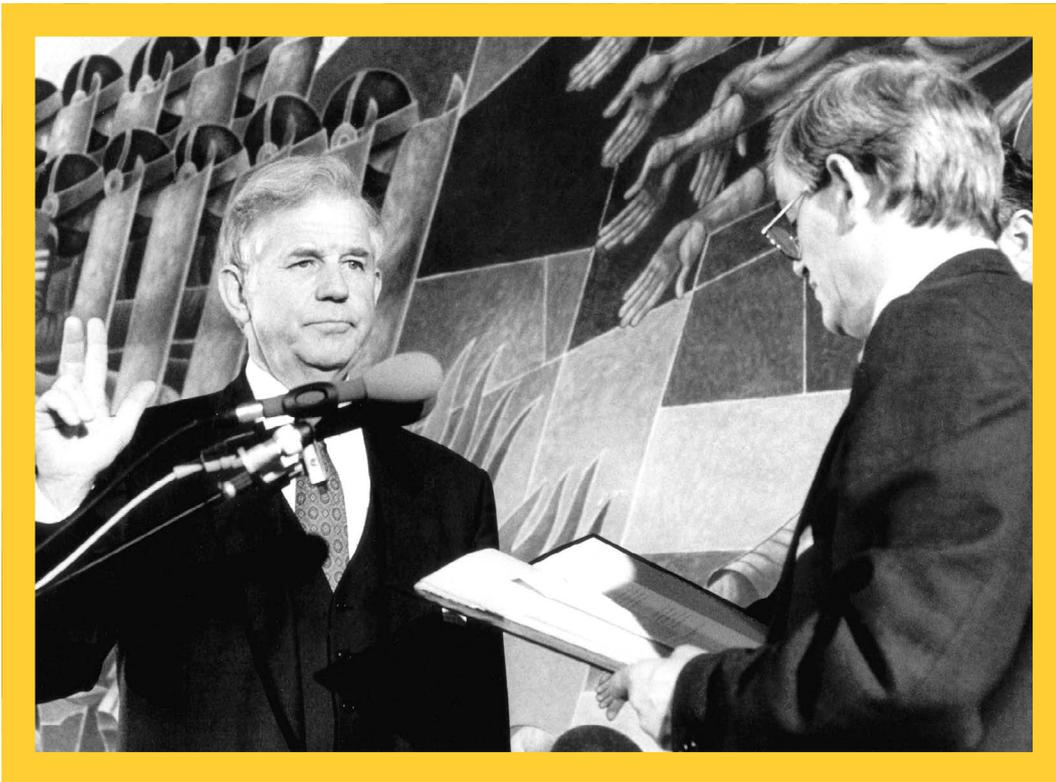
Foto: S. Giersch

// Nach seiner Wiedergründung am 3. Oktober 1990 erlangte der Freistaat Sachsen kurze Zeit später seine volle Staatlichkeit. Zu den sichtbaren Zeichen eines Staates gehört die Landesflagge mit Landeswappen. Sie wurde 1992 in der Sächsischen Verfassung festgeschrieben. //

# 30 Jahre Freistaat Sachsen –

Dr. Thomas Schubert

// Anlässlich des diesjährigen Jubiläums der Deutschen Einheit, des Freistaates Sachsen und des Sächsischen Landtags blickt der Landtagskurier auf die damaligen Geschehnisse und Akteure zurück. Im Zentrum des Sonderthemas »30 Jahre Freistaat Sachsen« steht die sächsische Landesgründung. Der vierte und letzte Teil der Serie thematisiert den Abschluss der Landesgründung. //



// 27. Oktober 1990, Vereidigung des neuen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Kurt Biedenkopf durch den Landtagspräsidenten Erich Illtgen // Foto: K. Thiere

Das anfängliche Szenario des Ländereinführungsgesetzes, wonach die neuen Länder am 14. Oktober 1990 gebildet werden sollten, war mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 Makulatur. Die deutsche Einheit schuf – zügig – vollendete Tatsachen. Die fünf ostdeutschen Länder wurden an diesem Tag gegründet und waren nun Teil einer um das Gebiet der DDR vergrößerten Bundesrepublik Deutschland.

## Auf der Albrechtsburg

Das Land Sachsen kehrte am 3. Oktober 1990, 38 Jahre nach seiner Abschaffung in der DDR, auf der Meißen Albrechtsburg mit einem Festakt in die Gegenwart zurück. Die Verantwortlichen hatten bewusst diesen alten Ort sächsischer Staatlichkeit gewählt, wie der Landeshistoriker Karlheinz Blaschke zu Beginn der Feierstunde bemerkte: »Es gibt keinen besseren Platz, einen Festakt zur Neubildung des Landes Sachsen zu wählen,

als diesen Platz, den Burgberg zu Meißen. Im Jahre 929 ist hier die Herrschaft des deutschen Königs errichtet worden und von diesem Tage an hat die sächsische Geschichte ihren Anfang genommen.« Anders als der hohle Versuch der Räte der Bezirke, im April 1990 dem basisdemokratischen Prozess mit einer Landesgründung zuvorzukommen, geschah die Landesgründung diesmal im breiten Konsens. Erich Illtgen schloss den Festakt daher mit den pathetischen Worten: »Wir sind

das Volk, wir sind ein Volk, Deutschland einig Vaterland. Ein vereintes Europa ist unsere Zukunft. Es lebe das föderalistische Land Sachsen.«<sup>1</sup>

## Letzte Schritte im Alten

Noch gab es jedoch kein sächsisches Parlament, keine Staatsregierung, der die neu organisierte Verwaltung verantwortlich hätte sein können. Sachsen war »ein Land unter der Regie des Bundes, ohne eigene Souveränität und Staatlichkeit«.<sup>2</sup> Es herrschte ein »Interregnum« in Form des von Ost-Berlin eingesetzten Landesprechers Rudolf Krause (später als langjähriger Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt), der seinerseits einer Bund-Länder-Clearingstelle zugeordnet war. So sollte eine herrschaftsfreie Zeit vermieden werden – bis in Sachsen der Landtag den Ministerpräsidenten gewählt haben würde. Die Bonner Vertreter der Clearingstelle arbeiteten nach anfänglichem Kompetenzstreit solide mit dem Koordinierungsausschuss zur Bildung des Landes Sachsen und dessen Arbeitsstäben zusammen. Hier hielten schließlich unverändert die neuen Kräfte sowie Vertreter aus Bayern und Baden-Württemberg die Zügel in der Hand. Ihre Vorarbeiten wurden nun auch für andere neue Länder herangezogen, die auf nichts Vergleichbares zurückgreifen konnten.<sup>3</sup>

# Landes(wieder)gründung

## Landtagswahl am 14. Oktober

Zum Zeitpunkt der Landesgründung befanden sich alle Parteien im Wahlkampf. Die chancenreiche CDU hatte sich in den Monaten zuvor in einem internen Ringen zwischen Altkadern und Reformkräften für den westdeutschen Wirtschaftsjuristen Kurt Biedenkopf als Spitzenkandidaten und gegen den ehemaligen CDU-Bezirksvorsitzenden Klaus Reichenbach entschieden. Neben ihr traten auf dem Boden des neuen Wahlgesetzes elf weitere Parteien und Listenverbindungen zur Wahl an. Die Sozialdemokraten gingen mit der SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs ins Rennen um den Regierungsauftrag in Sachsen.

Am 14. Oktober 1990 erreichte die CDU mit 53,8 Prozent der Stimmen eine absolute Mehrheit. Die SPD blieb mit 19,1 Prozent weit unter ihren Erwartungen. Die PDS fuhr mit nur 10,2 Prozent hinter Thüringen das zweit-schlechteste Ergebnis ein. Das Wahlbündnis aus Neuem Forum, Bündnis 90 und Grünen schaffte mit 5,6 Prozent, die FDP mit 5,3 Prozent den Sprung in den 1. Sächsischen Landtag. Hier dominierten die 92 christdemokratischen Abgeordneten fortan das Geschehen. Die CDU bildete im neuen Fünfparteiparlament eine Alleinregierung.<sup>4</sup>



// Festakt zur Landesgründung auf der Albrechtsburg zu Meißen am 3. Oktober 1990 //  
Foto: Buch »Die Bildung des Freistaates Sachsen«, Seite 739, Michael Richter

## Erste Schritte im Neuen

Der neugewählte Landtag trat am 27. Oktober 1990 erstmals im Saal der Dresdner Dreikönigskirche zusammen.<sup>5</sup> Das Parlament wählte mit übergroßer Mehrheit Kurt Biedenkopf zum Ministerpräsidenten sowie Erich Illtgen, den Moderator des Runden Tisches Dresden, der im Koordinierungsausschuss den Arbeitsstab »Landtag« geleitet hatte, zu seinem Präsidenten. Auch verständigten sich die Abgeordneten fraktionsübergreifend auf die Bezeichnung Freistaat Sachsen. Sie knüpften damit selbstbewusst an das historische Vorbild aus der Weimarer Republik an. Um trotz fehlender Landesverfassung die Arbeitsfähigkeit von Landtag und Staatsregierung zu gewährleisten, beschloss der Landtag ferner das vom Koordinierungsausschuss vorbereitete »Gesetz zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Sächsischen Landtags und der Sächsischen Staatsregierung« (Vorschaltgesetz). Mit der Vereidigung des neuen Kabinetts vor dem Landtag am 8. November 1990 begann in

Sachsen die politische Arbeit – die des Koordinierungsausschusses und seiner Stäbe endete.

## Fazit

Ohne Frage, der Freistaat Sachsen wäre 1990 auch auf anderem Wege, unter dem Einfluss anderer Frauen und Männer, wiederentstanden. Gleichwohl macht es politisch eben einen Unterschied, wer etwas tut oder verhindert, besonders wenn es um die Abwicklung einer Diktatur geht. Hierin lag in Sachsen die große Bedeutung der neuen Kräfte aus der Friedlichen Revolution. Während sich an-

denorts 1989/1990 viele Initiativen über ihre Ziele zerstritten, war die Wiedergründung eines demokratischen Landes Sachsen ein Ziel, das viele sächsische Reformen an den Runden Tischen und im Koordinierungsausschuss verband. Sie gingen dabei weniger gegen die zentrale Steuerung der Länderbildung in Ost-Berlin vor, als vielmehr gegen das – teils damit einhergehende – restaurative Treiben der alten Kräfte, des alten Staatsapparates. In Ost-Berlin wie in den Räten der Bezirke setzten viele auf personelle Kontinuität, während die Landesgründung für die neuen Kräfte die »Fortsetzung des revolutionären Prozesses«<sup>6</sup> durch personellen Wechsel war. Mit Gremien wie dem Koordinierungsausschuss zur Bildung des Landes Sachsen oder dem »Sächsischen Forum« konnten die Reformkräfte viel Neues durchsetzen und zugleich Altes verhindern. Darin lag das Besondere des sächsischen Weges.<sup>7</sup>

1 Reden auf der Meißener Albrechtsburg zum Tag der deutschen Einheit und zur Bildung des Landes Sachsen, in: Michael Richter: Die Bildung des Freistaates Sachsen, Göttingen 2004, Dokumente, Dok. 151, S. 427–435.

2 Michael Richter: Die Bildung des Freistaates Sachsen, Göttingen 2004, S. 764.

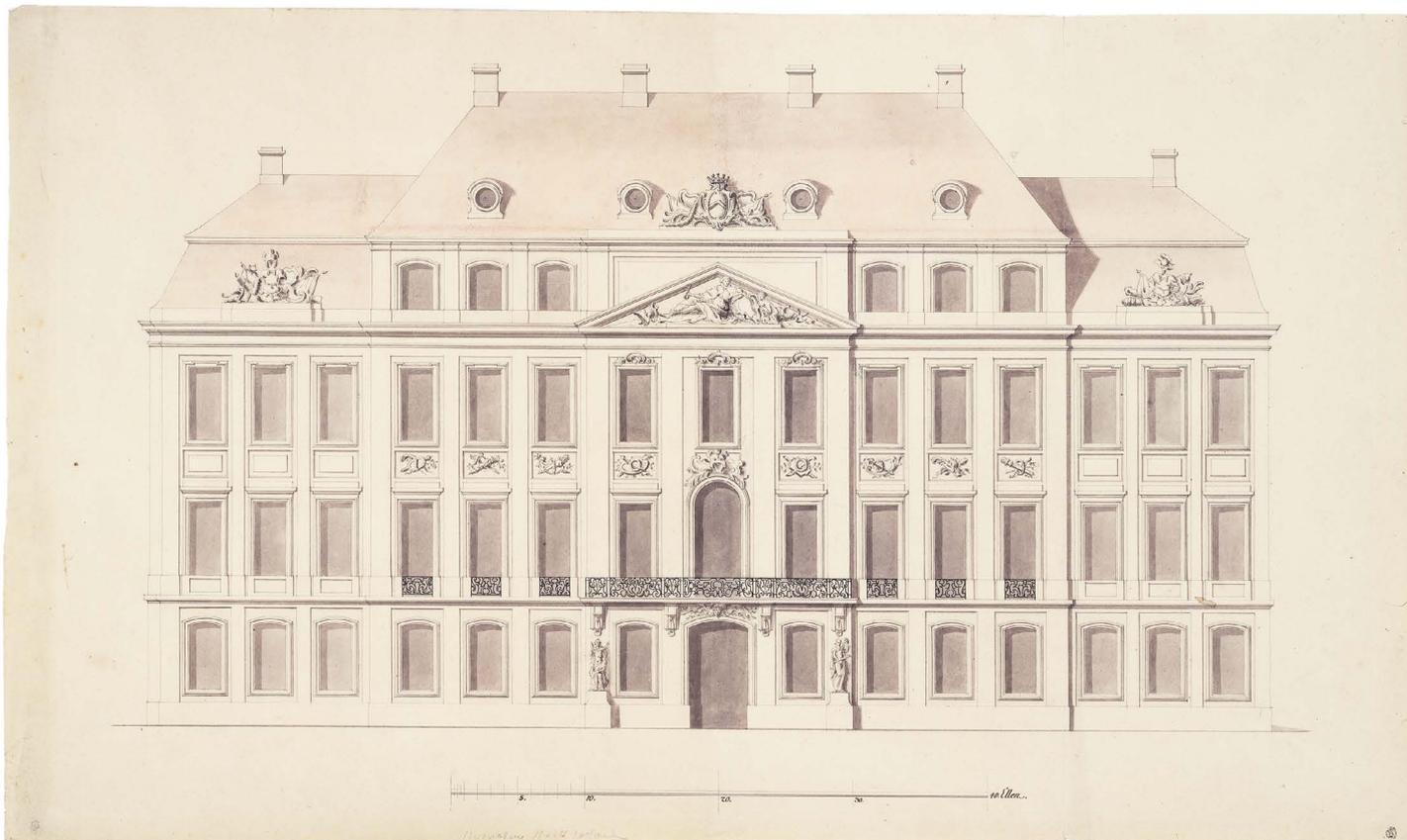
3 Vgl. hierzu Caroline Förster: Die Neugründung Sachsens 1989/90, in: Hans Vorländer (Hrsg.): Revolution und demokratische Neugründung, Dresden 2011, S. 71–87, hier S. 84.

4 Vgl. ausführlich Thomas Schubert: Wahlkampf in Sachsen, Wiesbaden 2011, S. 140–145.

5 Vgl. hierzu Caroline Förster: Beamte, Politiker, Journalisten – Akteure und Erinnerung. Der Sächsische Landtag 1990–1994, Ostfildern 2017.

6 Michael Richter: Die Entstehung des Freistaates Sachsen 1990, in: Konstantin Hermann (Hrsg.): Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven, Beucha/Markkleeberg 2010, S. 71–77, hier S. 72.

7 So auch das Urteil in: »Wiedergründung des Freistaates 1989/90«, in: Eckhard Jesse/Thomas Schubert/Tom Thieme: Politik in Sachsen, Wiesbaden 2014, S. 31–50, hier S. 49 f.



// Entwurfsvariante der 15-achsigen Hauptfassade des Brühlschen Palais,  
Johann Christoph Knöffel, 1743–1744

*Dr. Cristina Ruggero/Martin Schuster*

# Vom Palais Brühl zum Sächsischen Ständehaus

## Teil 2: Baugeschichte

Den Auftakt zur architektonischen Neugestaltung der Elbfront östlich des Residenzschlosses gab der sächsische Kurfürst und polnische König August III. selbst. Im Jahre 1734 schenkte er seinen vertrautesten Ministern Aleksander Józef Sułkowski und Heinrich von Brühl zwei Anwesen an der heutigen Augustusstraße und am Klepperstall mit den dazugehörigen Wohnhäusern: So gingen das ehemalige Palais Fürstenberg sowie die Häuser Lang und Carlowitz an Sułkowski, das ehemalige Manteuffelsche Haus wurde Brühl übereignet.

Brühl ließ das letztgenannte Gebäude renovieren. Einige Nachbarhäuser wurden diesem

// Auf dem Gelände des Sächsischen Ständehauses, dem Tagungsort der sächsischen Landtage 1907 bis 1933 und heutigen Sitz des Oberlandesgerichts Dresden sowie des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen, standen einst die Palais Brühl und Fürstenberg. In einer historischen Serie rufen wir die einstigen Bauwerke und deren Schicksal an der Brühlschen Terrasse in Erinnerung. //

Grundstück in der Folge zugeschlagen. Brühls Besitz hätte an den geplanten Palast des Grafen Sułkowski angeschlossen, wenn Letzterer nicht von seinem Vorhaben zurückgetreten wäre. 1736 teilte der König Sułkowski als Ersatz das Flemmingsche Palais und die angrenzenden Bürgerhäuser in der Pirnaischen Gasse zu. Das Palais Fürsten-

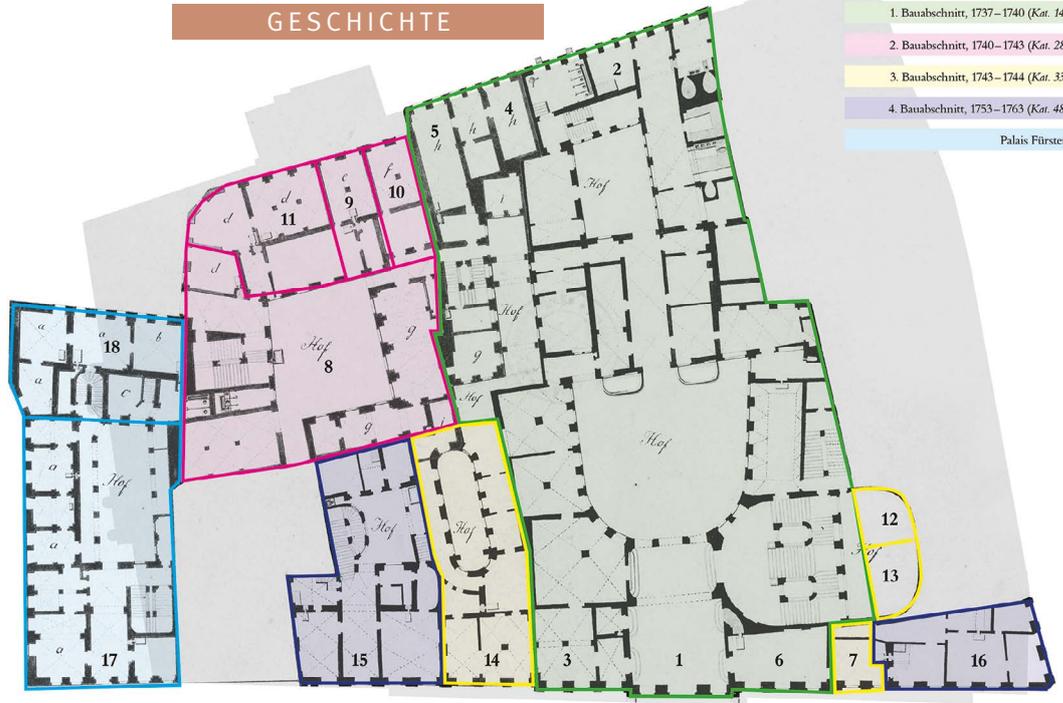
berg am Schlossplatz wurde 1759 nun Brühl übertragen.

Der erste geplante Umbau des Manteuffelschen Hauses hätte, was die äußere Erscheinung und die Raumdisposition betrifft, dem Gebäude das Niveau eines stattlichen Bürgerhauses gegeben. In dem 1737 in den Reichsgrafenstand erhobenen Brühl reiften aber höhere Ansprüche.

Er beschloss, ein Palais errichten zu lassen, das in Größe und Gestaltung seinen neuen Status und seinen Machtzuwachs am Hof widerspiegeln würde. Dieser Bau wurde als grandiose Adelsresidenz in »modernen« Formen ausgeführt: »In ihr verbinden sich Prachtentfaltung und Repräsentation in selbstverständlicher Weise mit einer ausgesprochenen Bequemlichkeit des Wohnens.«<sup>1</sup> Das nach französischen Vorbildern konzipierte Gebäude konnte dem Wettbewerb mit den aufwendigsten europäischen Bauwerken dieser Art standhalten.

Am Brühlschen Palais wurde zwischen 1737 und 1763 nach den Entwürfen von Johann Christoph

- 1. Bauabschnitt, 1737–1740 (Kat. 14–27)
  - 2. Bauabschnitt, 1740–1743 (Kat. 28–32)
  - 3. Bauabschnitt, 1743–1744 (Kat. 33–47)
  - 4. Bauabschnitt, 1753–1763 (Kat. 48–64)
- Palais Fürstenberg



// Das Brühlsche Palais in der Augustusstraße in Dresden – Chronologie der Grundstücksankäufe //  
 Aus: Historisches Häuserbuch der Stadt Dresden 1521–1847

Knöffel in vier Bauabschnitten gearbeitet.<sup>2</sup> Im Laufe der Jahre kam eine Reihe repräsentativer Bauten dazu, die zur Elbe hin errichtet worden sind. Die Realisierung dieses ehrgeizigen Bauvorhabens wurde ermöglicht durch die Übertragung der auf dem Festungswall gelegenen Grundstücke, einschließlich der Venusbastion, die der König veranlasste. Weitere Grundstücke – »13 Häuser zwischen Augustusstraße und Terrassengasse«<sup>3</sup> – erwarb Brühl direkt »und ließ durch Knöffel das bekannte Palais bauen und die finstere Bastei zum hinteren Garten umgestalten. Das Häuserkonglomerat längs der Brühlschen Terrasse bestand aus winkligen und baufälligen Werkstätten, Remisen ohne jeden höheren ideellen oder pecuniären Werth. Die Wohnungen waren ungesund. Infektionsherde bildeten sich gerade aus.«<sup>4</sup>

Die Brühlsche Terrasse umfasste in der Zeit ihrer größten Ausdehnung neben dem Palast ein Gartenparterre, einen Gartenpavillon, eine Bibliothek, eine Gemäldegalerie, ein Belvedere, ein Theater, Zweckbauten wie ein Zeughaus, einen Klepperstall und ein Gärtnerhaus, eine Orangerie und einen runden Garten mit Wasserbassins und -spielen. Trotz der Unregelmäßigkeit des Grundstücks entwickelte sich diese Anlage zu einem ansehnlichen und kohärenten architektonischen Ensemble. Da am Anfang der

Bautätigkeit nicht absehbar war, welche Ausdehnung Brühls Besitz erreichen würde, plante man die Gebäude der Brühlschen Terrasse nicht als Teile eines Gesamtkonzepts. Dennoch gelang es Knöffel, die Gestaltungsideen übergreifend zu verbinden und so eine ausgewogene Sequenz zu schaffen.

Das wichtigste Gebäude des gesamten Areals war das Palais. Es diente nicht nur Wohnzwecken und der luxuriösen Lebensführung des Premierministers, sondern umfasste vielmehr auch die bedeutendsten Repräsentationsbereiche des Grafen und unterstrich den von ihm erlangten Status. Der Palast war Treffpunkt eines intellektuellen Milieus, informeller Ort für wirtschaftliche und politische Gespräche sowie für eine ausgewählte und einflussreiche Gesellschaft. Brühls Residenz war aber auch eine begehrte Umgebung für prunkvolle Feierlichkeiten mit erlesenen Speisen, feiner musikalischer Unterhaltung und herrlicher Beleuchtung. Diesen Ansprüchen mussten die Raumdisposition und die Ausstattung genügen.

Die Grundrisse und Pläne des Palastes offenbaren in den verschiedenen Erweiterungsphasen einen ausgeprägten Sinn für repräsentative archi-

tektonische Elemente wie eine würdevolle Fassadendekoration, zu gestaltende Höfe im Inneren, eine mehrläufige Treppenanlage, einen Fest- und einen Gartensaal, Apartments für die Hausbewohner sowie Funktionsräume für einen effizienten Haushaltsablauf. Äußerst wichtig war eine Öffnung zum Fluss mit Blick auf eine Gartenanlage, da die Brühlsche Terrasse durch diese Fernsicht visuell an Weitläufigkeit gewann. Andererseits bildete das Palais neben der Hofkirche den ersten Anblick oder Bezugspunkt für diejenigen, die sich der Stadt von Norden, über die Augustusbrücke, näherten. Das Wohnhaus entwickelte sich ursprünglich von der Augustusstraße zum Fluss hin mit einer Tiefe von etwa 60 Metern: Die Fassadenbreite umfasste anfänglich neun Achsen und wuchs im Laufe der Jahre auf 15, später dann auf 23 Achsen.

Mit der Besetzung Dresdens durch die Preußen nahm Friedrich II. in den Jahren 1756 und 1757 Quartier im Brühlschen Palais. Anders als die meisten Schlösser und Güter Brühls blieb das Palais von einer mutwilligen Zerstörung verschont, doch es verlor durch die angeordnete Plünderung viel von seiner kostbaren Innenausstattung.

Anschließend wurde in den Räumlichkeiten ein Lazarett für Verwundete und Invaliden eingerichtet. Obwohl sich Brühl, in Hoffnung seiner baldigen Rückkehr nach Dresden, schon seit 1758 intensiv von Warschau aus um die Wiederherstellung und Neueinrichtung bemühte, konnte der alte Glanz nicht wiederhergestellt werden. Auch die 1759 erfolgte Erweiterung des Gebäudekomplexes durch den Zukauf des an den Schlossplatz angrenzenden Fürstenbergischen Palais änderte nichts an der Situation. Währenddessen kam es zu weiteren Rückschlägen. So wurde 1759 das Belvedere im Garten auf dem Wall komplett zerstört. Bei der Beschießung der Stadt im Jahr 1760 wurden die Bibliothek und die Gemäldegalerie beschädigt.



// Belvedere, Aufriss der Fassade zum Garten, 2. Planungszustand 1749, Johann Christoph Knöffel

1 Walter Hentschel/Walter/May: Johann Christoph Knöffel. Der Architekt des sächsischen Rokoko (Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig. Philologisch-Historische Klasse 64), Berlin 1973, S. 66.  
 2 Manfred Zumpe: Die Brühlsche Terrasse in Dresden, Berlin 1991, S. 77–88. Für das Palais sind folgende Bauabschnitte zu nennen: 1) 1737–1740; 2) 1740–1743; 3) 1743–1744; 4) 1753–1763.  
 3 Zitiert nach Karlheinz Kreglin: Das Namenbuch der Straßen und Plätze im 26er Ring, Halle/Saale 1993, S. 34. 4 Ebd.

## SERVICE

### Konferenz der Petitionsausschüsse in Dresden

Am 21. und 22. September 2020 trafen sich u. a. die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Petitionsausschüsse sowie die Bürgerbeauftragten Deutschlands zu einer Tagung im Landtag. Die Corona-Pandemie ließ das sonst übliche internationale Format diesmal nicht zu, allenfalls in Form von Videovorträgen. Im Plenarsaal gaben u. a. Bürgerbeauftragte aus Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Baden-Württemberg Einblick in die landesspezifischen Besonderheiten ihrer Arbeit. Der wichtige überregionale Erfahrungsaustausch wird 2022 in Hessen fortgesetzt.



### Informationen zu Petitionen in Leichter Sprache

Alle Informationen rund um Petitionen und Petitionsrecht gibt es jetzt auch in Leichter Sprache. Die Broschüre wurde in Zusammenarbeit mit dem Verein Leben mit Handicaps e. V. aus Leipzig erstellt. Sie kann ab sofort beim Sächsischen Landtag als Publikation heruntergeladen oder bestellt werden ([publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de)).

### Ausstellung wirft Schlaglichter auf 1989/90

Im Bürgerfoyer des Landtags kann gegenwärtig die Ausstellung »Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit« betrachtet werden. 20 Tafeln mit über 100 zeithistorischen Fotos geben Einblicke in die Jahre 1989 und 1990. Die Ausstellung erinnert an die Fluchtbewegung im Sommer und die Massenproteste im Herbst 1989, die die SED-Diktatur in die Knie zwangen. Sie berichtet von der Selbstdemokratisierung der DDR, der deutsch-deutschen Solidarität und den außenpolitischen Weichenstellungen bis zur deutschen Einheit. Die Besichtigung ist während der regulären Öffnungszeiten des Bürgerfoyers möglich. Es gelten die aktuellen Hygienebestimmungen des Sächsischen Landtags.



[www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml)



[www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshtml)



Der Sächsische Landtag auf Twitter: [twitter.com/sax\\_lt](https://twitter.com/sax_lt) und auf Instagram: [instagram.com/sachsen\\_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

### Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:  
04.11. – 05.11.2020  
16.12. – 17.12.2020

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de).

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



### Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

#### Fraktionen

CDU  
Tel. 0351 493-5601  
AfD  
Tel. 0351 493-4201  
DIE LINKE  
Tel. 0351 493-5800  
BÜNDNISGRÜNE  
Tel. 0351 493-4800  
SPD  
Tel. 0351 493-5700

#### Besucherdienst

Der Sächsische Landtag ist für Besucher wieder geöffnet, die Führungen unterliegen festen Hygieneregeln.  
Tel. 0351 493-5132

Offene Führungstermine 2020 (ohne Voranmeldung)  
06.11., 11.12.  
(16 Uhr, Bürgerfoyer)

#### BÜRGERFOYER

Öffnungszeiten:  
Montag bis Freitag,  
von 9 bis 18 Uhr

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter [www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

#### Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG  
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,  
Protokoll, Besucherdienst  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden  
Tel. 0351 493-5133, [publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de)  
[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

**Impressum** Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 12.10.2020

Gastautoren: Dr. Cristina Ruggero (Zentralinstitut für Kunstgeschichte), Martin Schuster (Landesamt für Denkmalpflege), Janina Wackernagel (Sächsischer Landtag)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.